



# Algorithmen kontrollieren und Verbraucher:innen vor Diskriminierung schützen

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

## 1. Problem:

Algorithmen und Künstliche Intelligenz (KI) beeinflussen zunehmend den Alltag von Verbraucher:innen, etwa bei Produktempfehlungen, Preisen oder der Kreditwürdigkeit, wobei mangelnde Transparenz Diskriminierung begünstigen kann. Viele Anbieter informieren unzureichend über den Einsatz dieser Systeme, was sowohl Verbraucher:innen als auch Aufsichtsbehörden vor Herausforderungen stellt. Trotz des enormen Potenzials von KI herrscht in Deutschland große Verunsicherung, die viele davon abhält, offen mit der Technologie umzugehen. Um Vertrauen zu schaffen, braucht es klare gesetzliche Regelungen, Transparenz, wirksame Kontrollen und eine starke Aufsicht.

## 2. Rechtlicher Status Quo

Die aktuelle gesetzliche Grundlage in der EU bildet der EU AI Act, der in Deutschland noch in nationales Recht überführt werden muss. Das Gesetz tritt weitgehend zum 2. August 2026 in Kraft. Bereits zuvor greifen vorbereitende Maßnahmen: So müssen bis spätestens August 2025 die zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden benannt und eingerichtet sein.

## 3. Forderungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

- Der Gesetzgeber sollte einen unabhängigen nationalen KI-Beirat einrichten, damit zivilgesellschaftliche Interessen bei der KI-Aufsicht berücksichtigt werden.
- Die zentrale Aufsichtsbehörde sollte die Aufgabe haben, für Verbraucher:innen ein niedrigschwelliges Verfahren zur Einreichung von Beschwerden über KI-Anwendungen zu etablieren. Ein bundesweites Kompetenzzentrum KI sollte die sektorale zuständigen Marktaufsichtsbehörden mit technischer Expertise unterstützen.
- Der Einsatz von KI zur biometrischen Fernidentifizierung von Menschen an öffentlich zugänglichen Orten muss auch für private Akteure untersagt werden.
- Beweiserleichterungen und Anpassung bei der Produkthaftung an die Bedarfe der digitalen Zeit sind dringend notwendig.

